

1016 8. Flucht und Asyl, Migration und Integration 1017

1018 Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir bekennen uns zur humanitären
1019 Verpflichtung Deutschlands, wie sie sich aus Artikel 16a Grundgesetz und den
1020 Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der EMRK ergeben. Dies
1021 bleibt auch zukünftig unangetastet. Zudem wollen wir die Einwanderung in den
1022 Arbeitsmarkt dauerhaft steuern.

1023

1024 Wir sind stolz auf die Integrationsfähigkeit und die Integrationsleistung unserer
1025 Gesellschaft, insbesondere auf das vielfältige ehrenamtliche Engagement.

1026

1027 [CDU/CSU/ FDP: Eine Situation wie im Herbst 2015 darf sich nicht
1028 wiederholen.] [Alternativvorschlag: Damit sich die Situation vom Herbst 2015
1029 so nicht wiederholt, ziehen wir Konsequenzen...]

1030 Deshalb ziehen wir Konsequenzen und verbinden Humanität mit Ordnung. Wir
1031 stehen in der Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit unserer
1032 Bürgerinnen und Bürger. Das ist Aufgabe und Pflicht des Staates. Um
1033 dauerhaft Integration (Arbeitsmarkt, Wohnraum, Bildung, Wertevermittlung) zu
1034 ermöglichen, bedarf es jedoch einer Steuerung [CDU/CSU und FDP: und
1035 Begrenzung der Migration insgesamt.]

1036

1037 Zugleich stehen wir zur individuellen Bearbeitung jedes einzelnen Asylantrags
1038 und den entsprechenden Vorschriften in Europarecht, Völkerrecht und
1039 Grundgesetz.

1040

1041 [GRÜNE: Der gegenwärtigen Herausforderung wollen wir mit mehr
1042 Koordinierung und der Ausschöpfung von Ordnungsspielräumen begegnen.
1043 Nicht zuletzt aufgrund unserer Geschichte und der daraus erwachsenden
1044 Verantwortung teilen wir dabei die Aussage von Angela Merkel, dass das
1045 Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt. Dies gilt auch für eine
1046 willkürliche Richtzahl von Geflüchteten. Verschiedene Schutzgruppen dürfen
1047 und können nicht gegeneinander verrechnet werden. Das ist der Imperativ
1048 unseres Grundgesetzes.]

1049

1050 [GRÜNE: Wir sind für mehr Ordnung und Planbarkeit auf Grundlage von
1051 Steuerungs-Elementen wie einem Einwanderungsgesetz oder Resettlement-
1052 Kontingenten.]

1053

1054 Wir bekennen uns zur effektiven Bekämpfung von Fluchtursachen. Dazu
1055 gehören zum Beispiel:

1056 -die Lösung internationaler Konflikte,

1057 -eine faire Handelspolitik

1058 -die Bekämpfung der Klimakrise und die Einhaltung der Nachhaltigen

1059 Entwicklungsziele

1060 - sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit Herkunfts- und

1061 Transitländern. -

1062

1063 Dafür wollen wir auch neue Kooperationsformate mit Entwicklungs- und
1064 Schwellenländern ausbauen sowie einen europäisch abgestimmten Pakt mit
1065 Afrika entwickeln.

1066

1067 Auch die Zusammenarbeit mit dem UNHCR und dem IOM wollen wir
1068 ausbauen.

1069

1070 Wir wollen entschlossen gegen Schlepper und Schleuser vorgehen und ihnen
1071 die Geschäftsgrundlage entziehen.

1072

1073 Zur wirksamen Kontrolle der Außengrenzen sowie zur Rolle von Frontex wird
1074 Bezug genommen auf die Ausführungen bei Innen, Sicherheit und
1075 Rechtsstaat.
1076
1077 [FDP: Die Bundespolizei muss in die Lage versetzt werden, auch bei massiv
1078 steigender Zahl von Migranten eine registrierte Einreise nach Deutschland
1079 sicherzustellen.]
1080
1081 [CDU/CSU: Wir wollen erreichen, dass die Gesamtzahl der Aufnahmen aus
1082 humanitären Gründen (Flüchtlinge und Asylbewerber, subsidiär Geschützte,
1083 Familiennachzug, Relocation und Resettlement, abzüglich Rückführungen und
1084 freiwillige Ausreisen künftiger Flüchtlinge) die Zahl von 200 000 Menschen im
1085 Jahr nicht übersteigt.]
1086 [FDP: Für diesen Richtwert orientieren wir uns an den Zugangszahlen des
1087 Jahres 2017 und definieren einen Korridor zwischen 150.000 und 250.000
1088 Menschen pro Jahr.]
1089 [CDU/CSU und FDP: Sollte das oben genannte Ziel wider Erwarten durch
1090 internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden, werden
1091 die Bundesregierung und der Bundestag geeignete Anpassungen des Ziels
1092 nach unten und oben beschließen.]
1093
1094 Wir unterscheiden klar zwischen schutzbedürftigen Menschen und solchen
1095 Personen, die die Voraussetzungen für Schutz in unserem Land nicht erfüllen.
1096
1097 Wir prüfen, ob durch einen neuen oder veränderten Status für
1098 Kriegsflüchtlinge in Anlehnung an das europäische Recht eine Entlastung des
1099 Asylsystems möglich ist.
1100
1101 [GRÜNE: Wir sind dem besonderen Schutz der Familie verpflichtet, wie er im
1102 Grundgesetz und seinem Artikel 6 steht. Auch Menschen mit subsidiärem
1103 Schutzstatus sollen ihre Familien in einem geordneten Verfahren nachholen
1104 können. Deswegen wollen wir die Aussetzung des Familiennachzugs für
1105 subsidiär Schutzbedürftige über März 2018 hinaus nicht ausweiten.]
1106 [CDU/CSU: Integrationsfähigkeit sowie -bereitschaft unserer Gesellschaft
1107 schließen einen unbeschränkten Familiennachzug zu den hier bereits
1108 anerkannten Schutzsuchenden aus. Wir können daher den Familiennachzug
1109 zu subsidiär Schutzberechtigten auch nach März 2018 nicht zulassen.]
1110 [FDP: Wer für sich und seine Familie selbst sorgen kann, soll diese nachholen
1111 dürfen. Darüber hinaus kann der Familiennachzug für subsidiär Geschützte
1112 nur in solchen Kontingenten erfolgen, die den angestrebten Richtwert der
1113 Gesamtmigration berücksichtigen. Diese Kontingente sind nach humanitäreren
1114 Kriterien zu vergeben.]
1115
1116 [CDU/CSU und FDP: Zu diesem Zweck werden jedenfalls die Maghreb-
1117 Staaten (Algerien, Tunesien und Marokko) und weitere Staaten mit einer
1118 Anerkennungsquote unter 5 Prozent zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.
1119 Gleichzeitig wird durch eine spezielle Rechtsberatung für besondere
1120 vulnerable Fluchtgruppen deren besondere Schutzwürdigkeit berücksichtigt.]
1121 [GRÜNE: Wir sind jedoch gegen das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten,
1122 weil dieses in einem Spannungsverhältnis zu dem individuellen
1123 Schutzbegehren des Flüchtlings steht. Gerade die drei Maghrebstaaten sind
1124 nicht sicher. Überdies besteht kein Anlass, jetzt vorläufige Regelungen zu
1125 treffen, da die EU-Kommission nach dem künftigen GEAS diese Frage
1126 europäisch regeln will.]
1127
1128 Legale Zugangswege wie etwa Resettlement wollen wir ausbauen, sowohl im

1129 Sinne unserer humanitären Verpflichtung als auch im Sinne der Steuerung.
1130

1131 Die Größenordnung des aus humanitären Motiven erfolgenden legalen
1132 Zugangs muss jedoch von der Größenordnung des Zugangs Schutzsuchender
1133 insgesamt abhängen.

1134

1135 Bei allen Asylsuchenden werden die Verfahren in Aufnahme- und
1136 Entscheidungszentren [CDU/CSU: auch Rückführungszentren] schnell und
1137 rechtsicher durchgeführt. Für bessere Verfahrenseffizienz und aus
1138 Sicherheitsgründen werden dort alle ankommenden Asylsuchenden
1139 identifiziert und registriert. Um deren Qualität zu steigern und um ein
1140 realistisches Erwartungsmanagement hinsichtlich der Bleibeperspektiven zu
1141 erreichen, müssen die Schutzsuchenden in den Zentren verbleiben.

1142

1143 [Grüne: Schutzsuchenden sollen schnellstmöglich auf die Kommunen verteilt
1144 werden. Ankunft und Ausreise sind zwingend voneinander zu trennen.]

1145

1146 Dort soll eine kostenlose und unabhängige Rechtsberatung [durch registrierte
1147 Anwälte] vor Ort angeboten werden. Zuständig dafür ist das BAMF. Außerdem
1148 soll dort künftig der erste Aufenthaltstitel durch das BAMF erteilt werden, um
1149 eine bundesweit einheitliche Handhabung zu gewährleisten. Im Übrigen
1150 verbleibt die Zuständigkeit für diese Zentren bei den Ländern. Wir wollen die
1151 Qualität der Asylverfahren verbessern. Es braucht eine Qualitätsoffensive für
1152 das BAMF.

1153 [CDU/CSU und FDP: Im Falle der Ablehnung erfolgt auch die Rückführung in
1154 der Regel direkt aus diesen Zentren.]

1155 [Grüne: Im Falle der Ablehnung kann die Rückführung grundsätzlich direkt aus
1156 diesen Zentren erfolgen.]

1157

1158 Wir werden das Recht der Einwanderung in den Arbeitsmarkt und das damit
1159 verbundene Recht des Aufenthalts und der Rückkehr in einem Gesetzeswerk
1160 [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch] [CDU/CSU:

1161 Fachkräftezuwanderungs-Gesetz] neu ordnen und dabei transparent,
1162 übersichtlich und in sich konsistent aus einem Guss besser zugänglich
1163 machen. Flüchtlings- und Arbeitsmigration bleiben dabei klar voneinander
1164 getrennt.

1165

1166 Die Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt muss sich am Bedarf
1167 unserer Volkswirtschaft orientieren. Eine Einwanderung in die sozialen
1168 Sicherungssysteme wollen wir vermeiden. Wir wollen rasch ein
1169 Regelwerk schaffen [FDP und Grüne: Einwanderungsgesetzbuch]

1170 [CDU/CSU: Fachkräftezuwanderungs-Gesetz]. Dabei sollen die bisherigen
1171 Regelungen vereinfacht werden. Hochqualifizierte wollen wir kontingentiert
1172 [FDP, Grüne: in einem Punktesystem] nach klaren Kriterien wie Qualifikation,
1173 Alter, Sprache, Anforderungen des Arbeitsmarktes einladen. Die BlueCard
1174 werden wir so reformieren, dass ein in Deutschland gültiger Arbeitsvertrag mit
1175 einem durchschnittlichen Einstiegsgehalt in einem qualifizierten Beruf als
1176 Bedingung genügt.

1177

1178 [Hinsichtlich der Frage, ob Arbeitsplatz für Hochqualifizierte erforderlich ist,
1179 noch keine Einigung.]

1180 [FDP/GRÜNE: Für Personen, die als Schutzsuchende gekommen sind und
1181 abgelehnt wurden, die aber gut integriert sind, soll ein Spurwechsel möglich
1182 sein, wenn sie auch die Voraussetzungen für Arbeitsmigration erfüllen.]

1183 [CDU/CSU: Schon jetzt gibt es zahlreiche Möglichkeiten für einen
1184 längerfristigen Aufenthalt in Deutschland jenseits von Asyl, GFK und
1185 subsidiärem Schutz. Eine inhaltliche Ausweitung kommt nicht in Betracht.]
1186

1187 Zur Realität eines Aufnahmelandes gehört auch eine rechtsstaatlich
1188 konsequente Rückkehrpolitik. Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben.
1189 Aber jeder hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren und den Schutz
1190 seiner Menschenrechte auch nach einer Ablehnung.

1191

1192 Um die gesellschaftliche Akzeptanz für eine Integration der wirklich
1193 Schutzbedürftigen zu erhalten, sind freiwillige Rückkehr und die konsequente
1194 Abschiebung vollziehbar Ausreisepflichtiger von wesentlicher Bedeutung. Die
1195 freiwillige Rückkehr hat Vorrang und soll noch intensiver als bislang gefördert
1196 werden. Das Konzept der freiwilligen Rückkehr ist auf Dauer aber nur dann
1197 erfolgreich, wenn auch Abschiebungen stattfinden. Dabei dürfen
1198 Abschiebungen kein Risiko für Leib und Leben bedeuten.

1199

1200 Hierfür verfolgen wir einen kohärenten Ansatz im Inland und gegenüber
1201 Herkunftsstaaten. Weiter werden wir prüfen, wie die Länder bei der
1202 Rückführung und Abschiebung entlastet und zugleich die Effektivität der
1203 Rückführung gesteigert werden kann. Wir wollen stärker als bisher danach
1204 unterscheiden, ob die Durchsetzung der Ausreisepflicht ohne Verschulden der
1205 Ausreisepflichtigen an Hindernisse stößt oder ob diese die Durchsetzung
1206 selbst behindern. Wir wollen die Duldungsregelungen hinsichtlich ihrer
1207 Wirksamkeit überprüfen und stärker differenzieren. Diesem Ziel dient auch
1208 eine Überprüfung der gesetzlichen Bleiberechtsregelungen.

1209 [CDU/CSU strittig: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir
1210 konsequent ab. Das Ausweisungsinteresse bei Straftaten von erheblicher
1211 Bedeutung werden wir künftig zu Lasten des Bleibeinteresses gesetzlich
1212 besonders gewichten. Die Straftatenkataloge, bei denen das
1213 Ausweisungsinteresse besonders schwer wiegt, werden wir erweitern. Bei
1214 rechtskräftiger Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von
1215 mindestens drei Jahren wegen vorsätzlicher Straftaten verlieren ausländische
1216 Straftäter künftig automatisch ihren Aufenthaltstitel.]

1217 Kompromissvorschlag: Ausländische Straftäter und Gefährder schieben wir
1218 konsequent ab. Dazu werden wir die 2016 veränderte Gesetzeslage
1219 überprüfen und gegebenenfalls verschärfen.

1220

1221 Integration verstehen wir als Daueraufgabe. Die vielfältigen
1222 Integrationsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden wir in
1223 einer bundesweiten Strategie nach dem Grundsatz von „Fordern und Fördern“
1224 bündeln, Transparenz in das Geflecht der bestehenden
1225 Integrationsmaßnahmen bringen und die Koordinierung zwischen Bund,
1226 Ländern und Kommunen auf eine neue Ebene heben. Die bisherigen
1227 Leistungen des Bundes zur Unterstützung der Länder und Kommunen werden
1228 für die Dauer der gesamten Legislaturperiode verstetigt.

1229

1230 Der Integrationskurs ist das zentrale Instrument zum allgemeinen
1231 Spracherwerb. Wir wollen ein zusätzliches Augenmerk auf den Bereich der
1232 Alphabetisierung legen, das bestehende Kursangebot flexibilisieren,
1233 ausdifferenzieren und begleitende digitale Lernangebote prüfen.

1234

1235 Sprache ist auch ein Schlüssel zu mehr Integration. Wir werden zusätzliche
1236 Anreize setzen, Hilfestellungen angemessen ausbauen und sowie die
1237 Einhaltung von Verpflichtungen noch besser sicherstellen. Schließlich wollen

1238 wir mehr Erfolg und Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung
1239 und Integrationsmessung intensivieren.

1240

1241 [GRÜNE: Das Staatsbürgerschaftsrechts wollen wir erweitern, mit einem lus
1242 Soli und der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht und die
1243 Einbürgerung als wichtiges Element des Gesamtkonzepts erleichtern.]

1244 [FDP: Wir wollen wie andere Einwanderungsländer ein modernes
1245 Staatsbürgerschaftsrecht. Dazu wollen wir die Einbürgerung erleichtern und
1246 die doppelte Staatsbürgerschaft grundsätzlich ermöglichen, aber ihre
1247 dauerhafte Vererbung über die dritte Generation hinaus beenden
1248 (Generationenschnitt).]

1249 [CDU/CSU: Aus Sicht der Union ist es für die Sondierungen nicht erforderlich,
1250 näher auf das Thema Staatsbürgerschaft einzugehen.]

1251 [Angebot FDP und Grüne ggfs: Wir wollen ein modernes
1252 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerungen erleichtern.]

1253

1254 Ein zentrales Ziel unserer Politik ist der europäische Zusammenhalt und die
1255 europäische Solidarität, auch und gerade in der Flüchtlingspolitik. Das geht
1256 nur im Dialog. Zugleich hängt die Glaubwürdigkeit der EU und ihrer
1257 Mitgliedsstaaten davon ab, dass die ureigenen Gründungsprinzipien und die
1258 internationale Rechtsordnung eingehalten werden. Daran wollen wir unsere
1259 Politik ausrichten.

1260

1261 Im Zuge der derzeitigen Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische
1262 Asylsystem (GEAS) wollen wir eine gerechte Verantwortungsteilung zwischen
1263 den Ländern an der südlichen Außengrenze der EU und den anderen
1264 Mitgliedstaaten einschließlich eines wirksamen Verteilungsmechanismus
1265 erreichen.

1266

1267 Wir wollen eine gemeinsame Durchführung von Asylverfahren überwiegend an
1268 den Außengrenzen sowie gemeinsame Rückführungen von dort. Dabei
1269 werden europäische Menschenrechtsstandards eingehalten.

1270

1271 Derzeit im deutschen Recht geltende und Flüchtlinge schützende Regelungen
1272 (Familienasyl, geschlechtsspezifische Verfolgung, Altersfeststellung von UmF,
1273 Feststellung von Abschiebungshindernissen) wollen wir z.B. durch eine
1274 Öffnungsklausel erhalten. Ebenso ist die Sicherstellung der flächendeckenden
1275 Verfahrensberatung, angelegt in der Asylverfahrensverordnung, für uns
1276 zwingend erforderlich.

1277

1278 Zudem müssen die Voraussetzungen für Aufnahme- und
1279 Registrierungszentren außerhalb der EU bzw. an den Außengrenzen unter
1280 dem Dach des UNHCR geschaffen werden.

1281